

II-4051 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 2082/J

1988-05-03

A N F R A G E

der Abgeordneten Freda BLAU-MEISSNER und Genossen

an den Bundesminister Auswärtige Angelegenheiten

betreffend die außenpolitischen Auswirkungen der Aufrechterhaltung der Ehrenbürgerschaft für Hermann Göring durch die Gemeinde Mauterndorf und der Ehrenbürgerschaft für Adolf Hitler durch die Gemeinde Leibnitz

1.

Mitte April erschienen in mehreren Zeitungen Berichte, denen zufolge in der Gemeinde Mauterndorf (Salzburg) eine Ehrenbürgerschaft für Hermann Göring bestehe. Bemerkenswert an diesen Meldungen war der Zusatz, daß die zuständigen Gemeindeorgane diese Ehrenbürgerschaft in vollem Bewußtsein der furchtbaren Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die Hermann Göring als Hauptverantwortlicher für den Einsatz ausländischer Arbeitskräfte und Mit-Organisator der Judenvernichtung begangen hat, aufrechterhalten wollen. Begründet wird - den Zeitungsberichten zufolge - diese Beibehaltung der Ehrenbürgerschaft Görings mit dessen Leistungen für die Gemeinde. Diese Werte-Abwägung des Lungauer Gemeinderates bedeutet eine gefährliche Verharmlosung der Person und der Verbrechen Görings und der NS-Herrschaft überhaupt und stellt eine Gefahr für die Bewußtseinsbildung insbesondere der Jugendlichen in der Region

Auswirkungen erhebt sich allerdings auch die Frage der Bewertung solcher Ehrenbürgerschaften durch das Ausland, da darin - leider nicht zu Unrecht - der Ausdruck einer grundsätzlichen Haltung zur österreichischen Vergangenheit in der Zeit des NS-Regimes gesehen wird.

2.

Am 3.3.1988 stellte der Gemeinderat der Grün-Alternativen Liste Leibnitz den Dringlichkeitsantrag auf Abhaltung einer Gemeinderatssitzung zu den Märzgedenktagen mit dem Tagesordnungspunkt "Aberkennung der Ehrenbürgerschaft für Adolf Hitler". Diese Ehrenbürgerschaft für Adolf Hitler besteht in Leibnitz seit 1933. Während andere Gemeinden - z.B. Graz - ähnliche Ehrenbürgerschaften mit Beschuß aufhoben, wurde der Antrag des grün-alternativen Gemeinderats von Leibnitz abgelehnt.

In diesem Zusammenhang richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten folgende

A n f r a g e :

Welche außenpolitischen Auswirkungen hat die Aufrechterhaltung von Ehrenbürgerschaften für Kriegsverbrecher des NS-Regimes ?